

Hamburg, den 26.10.2020

PRESSEMITTEILUNG

Atomwaffenverbotsvertrag wird in Kraft treten

Mehr als 120 Staaten haben 2017 unter einem Mandat der Vereinten Nationen den Kernwaffenverbotsvertrag ("Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons") verhandelt. Nach der Ratifizierung durch Honduras an diesem Wochenende wird der Vertrag nun Anfang 2021 in Kraft treten. Damit werden erstmals Entwicklung, Produktion, Besitz und Nutzung von Kernwaffen für alle Vertragsstaaten verboten. Dazu eine Einschätzung von Dr. Moritz Kütt, Experte für Nuklearwaffen am IFSH:

"Nach Jahrzehnten der Stagnation gibt es nun positive Nachrichten in der nuklearen Abrüstung. Der Kernwaffenverbotsvertrag setzt eine neue internationale Norm: Kernwaffen werden künftig allgemein verboten. Das bringt Kernwaffenstaaten und ihre Alliierten, darunter auch Deutschland, in Zugzwang. Die Bundesrepublik hat den Vertrag bisher noch nicht unterzeichnet, gleichzeitig ist eine kernwaffenfreie Welt allerdings das erklärte Ziel der Bundesregierung. Ich hoffe, dass es hier in Zukunft zu einer Annäherung zwischen den Mitgliedern des Verbotsvertrages und anderen Staaten kommt und wir uns weiter in Richtung vollständiger Abrüstung aller Kernwaffen bewegen."

Dr. Moritz Kütt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am IFSH und arbeitet im Forschungs- und Transferprojekt „Rüstungskontrolle und Neue Technologien“. In dem Projekt arbeiten mehrere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an unterschiedlichen Aspekten des neuen Verbotsvertrages. Unter anderem erforschen sie Möglichkeiten zur Verifikation und Überprüfung der Vertragseinhaltung, die Rolle des Vertrages im Zusammenhang mit anderen internationalen Regimen, Beitritts Hindernisse für Nichtmitglieder sowie Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen Vertragsstaaten und bisherigen Nichtmitgliedern (z.B. NATO-Staaten).

Für Rückfragen und Interviewanfragen erreichen Sie den Autor unter kuett@ifsh.de, mobil unter 0151 17219211.

Kontakt:

Barbara Renne

Leiterin Kommunikation

renne@ifsh.de Telefon 040 866077-50 Beim Schlump 83 20144 Hamburg www.ifsh.de

Hintergrund zum IFSH

Was macht die Welt unsicher und was sind die gesellschaftlichen Bedingungen für Frieden? Welche internationale Ordnung und Sicherheitspolitik erfordert eine Welt, in der wir immer enger miteinander verflochten sind? Diese Fragen stehen im Zentrum der Arbeit am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH). Das Institut erforscht die Bedingungen von Frieden und Sicherheit in Deutschland, Europa und darüber hinaus.

Dabei verbindet das IFSH wissenschaftliche Grundlagenforschung mit zentralen Fragen der aktuellen Friedens- und Sicherheitspolitik aus interdisziplinärer Perspektive. Das IFSH gehört zu den führenden Friedensforschungsinstituten in Deutschland und wird von der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten eng mit der Universität Hamburg, mit Institutionen in der Metropolregion Hamburg und mit wissenschaftlichen Einrichtungen im In- und Ausland zusammen.

Gefördert von: 
Hamburg Behörde für Wissenschaft,
Forschung und Gleichstellung